

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 75 (1981)
Heft: 2

Artikel: Militärverweigerung als christliche Praxis
Autor: Spescha, Marc
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142886>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Militärverweigerung als christliche Praxis

Drei Monate hinter Gittern wegen «mangelnder Einsicht und Vernunft»¹ — da war freilich Zeit zum Nachdenken über «Recht und Unrecht», Zeit, um vielleicht doch noch zur «richtigen Einsicht» zu gelangen. Ich habe nachgedacht über Bürgerpflicht und «christliche Tugend», über subjektiv Selbstverständliches und sein Verhältnis zur «Volksmeinung». Vor allem wollte ich einmal tiefer hineinsehen in die seltsame Ehe erklärter Christen mit der staatlichen Macht. Die Reflexionen darüber haben meine Einsicht vertieft, daß *der Verstoß gegen den Wehrzwang ein Gebot christlicher Praxis* ist! Auf dem Wege zu dieser Einsicht stehen erschütternde Bilder, die wachrufen, fragen und nach Antworten verlangen. Diesen Bildern gelten meine Ueberlegungen, die zugleich die konkrete Forderung nach einem Zivildienst in der Schweiz begründen möchten.

Mündigkeit contra Gehorsam

Ein Zivildienst für Militärverweigerer ist in unserem Staate noch keine Selbstverständlichkeit. So selbstverständlich das Recht auf Gewaltverzicht klingt — wo es Tat werden will, erheben selbst «christliche» Stimmen Einspruch. Der Mythos der «Notwehr zum Schutze von Frau und Kind» und die Vergötzung des nationalistischen Prinzips der «allgemeinen Wehrpflicht» haben es fertiggebracht, ein so genuin Jesuanisches am Christentum wie das moralische Recht auf Gewaltverzicht in ein juristisches Unrecht zu verkehren. In der Schweiz macht sich strafbar, wer dieses Recht für sich in Anspruch nimmt. Sowas verbirgt sich hinter der Etikette «Rechtsstaat». Mehr noch: die Un-Moral eines solchen Gesetzes verträgt sich selbst mit «christlichen» Kanzelworten, wenn sie nicht gar den kirchlichen Segen empfängt.

Ein Pfarrherr und Seelsorger besuchte mich im Gefängnis. Auf meine Frage, ob es richtig sei, Militärverweigerer ins Gefängnis zu stecken, antwortete der Würdenträger: «Darüber habe ich mir bis jetzt kaum Gedanken gemacht und zu einem Problem, das mich nicht direkt betrifft, bilde ich mir keine feste Meinung ...» Oder: ein bejahrter Klosterbruder winkte ab, als ich ihn um die Unterstützung der Zivildienst-Initiative bat. Sein Kommentar: «Drill muß sein.»

Auch hinter der Ablehnung der Initiative durch den Bundesrat im vergangenen August scheint «christliche» Zustimmung zu stehen. Im Bundesrat tönt «Selbstverständliches» etwa so: «Dem raschen

politischen Aufstieg ging eine ebenso erfolgreiche militärische Laufbahn parallel ... Die Verankerung in der gemeinschaftsgeprägten Bildung, die das Gymnasium der Benediktinerabtei vermittelte, ... mußte den jungen Staatsbürger die Bejahung der Wehrhaftigkeit unserer Heimat als Selbstverständlichkeit empfinden lassen.»² In einer solchen Optik mag Pazifismus schwer verständlich sein. «Christliches Verhalten» wird da identisch mit Staatstreue, Unterordnung, Strenge. Mündigkeit als ein Verhalten, das sich direkt am Menschen orientiert und Humanisierung des Lebens anstrebt, fällt der Autorität der Obrigkeit zum Opfer. Denn Mündigkeit setzt Freiheit von staatlicher Bevormundung voraus. Sie beinhaltet für den Staatsbürger die Möglichkeit freier Entscheidung, wenn auch innerhalb bestimmter Grenzen.

Im konkreten Fall des Militärdienstes bleibt kein rechtlicher Raum für autonome Entscheidung, sondern nur der Zwang zur Einordnung in eine Institution der Gewalt. *Konkretisiertes* Gewissen wird seiner verfassungsmäßigen Freiheit beraubt und darf sich zur existentiellen Frage «Frieden durch Gewaltvorbereitung?» nicht einmal artikulieren. Der staatliche Machtanspruch wird a priori über das Recht seiner Bürger gestellt, womit «das potentielle Grauen schon gesetzt»³ ist. Gehorsam gegenüber der Obrigkeit oder selbstverantwortete Entscheidung (Mündigkeit): Zwei unvereinbare Verständnisse christlichen Verhaltens stehen einander gegenüber. Die Betrachtung ihrer Früchte, das heißt die Kontrastierung ihrer Konsequenzen, und die Orientierung an der Biographie Jesu sollen erhellen, wo der Pfad des Christen lang geht.

Ein Weg nach Auschwitz

«Möge es unserem Führer mit Gottes Hilfe gelingen, dieses ungeheuer schwere Werk (Europa vor dem Bolschewismus zu bewahren — M. S.) *in unerschütterlicher und treuester Mitwirkung* aller Volksgenossen zu lösen.»⁴ Dieses Zitat entstammt dem letzten deutschen Hirtenbrief aus dem Jahr 1936. Drei Jahre später begann der grausamste Menschenmord der Geschichte.

Der Leiter der Mordmaschinerie von Auschwitz, Rudolf Höß, schreibt in seiner Autobiographie: «Von meinen Eltern war ich so erzogen, daß ich allen Erwachsenen und besonders Älteren mit Achtung und Ehrerbietung zu begegnen hätte (...). Ganz besonders wurde ich immer darauf hingewiesen, daß ich die Wünsche oder Anordnungen der Eltern, der Lehrer, Pfarrer usw., ja aller Erwachsenen bis zum Dienstpersonal, unverzüglich durchzuführen bzw. zu befolgen hätte und mich durch nichts davon abhalten lassen dürfe. Was diese sagten, sei immer richtig. Diese Erziehungsgrundsätze sind mir in Fleisch und Blut übergegangen.»⁵ An anderer Stelle schreibt der von

seinem Vater zum Priester bestimmte Höß, daß er «von Jugend auf zu unbedingtem Gehorsam, zu peinlichster Ordnung und Sauberkeit erzogen»⁶ worden sei. Die Früchte dieser Saat bezeugen folgende Sätze: «Wohl stand für uns alle der Führer-Befehl unverrückbar fest, auch, daß die SS ihn durchführen mußte. Doch in allen nagten geheime Zweifel. Und ich selbst durfte auf keinen Fall meine gleichen Zweifel bekennen. Ich mußte mich, um die Beteiligten zum psychischen Durchhalten zu zwingen, felsenfest von der Notwendigkeit der Durchführung dieses grausam-harten Befehls (Vernichtung der Juden — M. S.) überzeugt zeigen.»⁷ Und auf die Frage, wie solche Schlächtereien von ihm und seinen Männern ausgehalten werden konnten, sagte Höß: «Ich antwortete stets darauf, daß eben alle menschlichen Regungen zu schweigen hätten vor der eisernen Konsequenz, mit der wir den Befehl des Führers durchzuführen hätten.»⁸ Adolf Eichmann, ein anderer faschistischer Scherge, erklärte vor Gericht: «Meine Schuld liegt in meinem Gehorsam. Gehorsam wird als christliche Tugend gepriesen, und ich möchte daher darum bitten, daß nur die Tatsache meines Gehorsams in Betracht gezogen wird.»⁹

Die Ursachen für dieses grausame Phänomen, daß Menschen aus «Pflichtgefühl» zu Menschenschlächtern werden, sind sicher vielschichtig. Die Rolle des Gehorsamsprinzips als Antrieb und Rechtfertigung schändlichster Taten ist aber unverkennbar. Trotzdem findet ebendieses Prinzip immer noch «christliche» Gefolgschaft, denn: «... Seit das Christentum staatlich anerkannt ist, ist es ja christlich geworden, der Obrigkeit unter fast allen Umständen zu gehorchen. Das 13. Kapitel des Römerbriefes, wo Paulus den Satz ausspricht, daß jedermann der Obrigkeit untertan sei, hat man zur wichtigsten Stelle der Bibel gemacht, was das staatsbürgerliche Verhalten anbetrifft.» Folgerichtig kann im Dienstreglement der schweizerischen Armee mit durchaus kirchlichem Einverständnis der Satz stehen: «Der Unterstellte führt einen Befehl auch dann aus, wenn er dessen Sinn und Zweck nicht zu erkennen vermag.» Klarer kräht kein Hahn: Der Befehl gilt, unabhängig von seinem moralischen Gehalt oder von der individuellen Einsicht in seine Richtigkeit! Der Bürger wird in der hierarchischen Organisation der Armee entmündigt und zum bloßen Befehlsempfänger degradiert. Ob dies unter schwarzer, brauner, roter, gelber Fahne geschieht oder ob im Namen der Verteidigung unserer «Neutralität», ist einerlei. Der Grundmechanismus ist derselbe: Verantwortung für individuelles Handeln wird auf die Obrigkeit übertragen, und der Mensch sinkt im Namen von Leerformeln zu einem staatlichen Werkzeug ab. «Bürgerpflicht», «Unabhängigkeit» und «Freiheit» thronen als Götzen über abergläubischen Untertanen und dienen der Verleumdung kritischer Stimmen. Das ist wohlverstanden

nicht nur ein Phänomen vergangener Geschichte. In der Schweiz von 1980 sind zum Beispiel die Initianten der Zivildienstinitiative im Jargon des Gewerbeverbandes «weltfremde Sektierer», «von indischen Weisheiten besessene Pazifisten», die sich mit «marxistischen Idealisten, Schwärmern und Umstürzern zusammengetan»¹¹ haben. Das demagogische Vokabular erreicht bereits nationalsozialistisches Niveau.

Auschwitzsche Verrohung ist in ihrem Keim auch bei uns gegenwärtig: Auch Schweizer Soldaten müssen als gefügige «Einheit» funktionieren. Vereinheitlichung durch Uniformierung, Zugschule, Symmetrie bis zum letzten Knopf des Kittels, ist ein durchgehendes Prinzip mit weitreichender Konsequenz. Mit dem Zwang, den Hemdkragen unter der Krawatte zuzuknöpfen, beginnt die Ausrottung von Selbstbestimmungstendenzen. Das *indiskutable Muß* herrscht selbst in sehr individuellen Bereichen.

Erinnerungen aus meiner Rekrutenschule werden wach. Soldaten als uniformierte Masse im Ausgang: Da werden Stärkegefühle manifest, Aggressionsentladungen besonders begünstigt, und Verrohung erscheint in einer emotional geladenen Atmosphäre legitim. Frauen «dürfen» ungehemmter angegangen (angepöfien) werden, ordinäre Sprüche und Handlungen sind der uniformierten Gruppe geradezu wesensgemäß. Der Mensch in der Masse: Belege für irrationale Handlungen auf Geheiß von Anführern gibt es genug.

Die moderne Waffentechnologie läßt Gefühlsregungen kaum mehr aufkommen. Die Tötung von Menschen ist verschleiert von einer technischen Entwicklung, die das Kriegshandwerk zu einem computerisierten, zumindest mechanisierten «Schauspiel» macht. Bei einer Handbewegung zur Bedienung moderner Waffen erscheint die tödliche Konsequenz nicht so erschreckend offensichtlich und nah, daß menschliche Regungen sich lautstark melden müßten. Die Grausamkeit der modernen Kriegführung hat eine neue Qualität erreicht. Dies gilt auch für unsere Kriegsstrategie und unsere Waffen, selbst wenn sie «nur» zur Verteidigung eingesetzt werden sollten.

Bezeichnend für die Psychologie der Wehertüchtigung ist folgende Erfahrung: Ich wollte die Einübung des Tötens durch Beschießen von menschlichen Attrappen verweigern. Vergeblich versuchten mich meine Vorgesetzten davon zu überzeugen, daß dies nur der eigenen Notwehr diene. Darum empfahlen sie mir, die Attrappen nicht als Menschen zu sehen, sondern sie mir als Milchkannen vorzustellen! Manche meiner Mitrekruten bejahten bewußt, daß sie hier auf Menschenfiguren schossen, nicht wenige dachten aber nie daran, daß sich hinter den als «Feind» (Böfei = Böser Feind) deklarierten Zielscheiben Menschen verbargen. Ich würde zu viel denken, erklärten sie mir!

Ethik der Nachfolge

Darf «Gehorsam» noch als christliche Tugend behauptet werden? Darf Jesus mit einem treuen Staatsdiener auch nur im entferntesten identifiziert werden? Die unbestreitbaren Fakten seiner Biographie geben eine klare Antwort: Jesus hatte Mühe mit den geltenden Normen der damaligen Gesellschaft. Staatliche Obrigkeit war ihm nicht maßgebende Instanz, sondern der Mensch mit seinem Verlangen nach Brot und Menschenwürde. Das beweisen seine Rechtsverletzungen: Die Sonntagsheiligung hat er nicht eingehalten, denn er befand, daß der Sonntag für den Menschen da sei und nicht der Mensch für den Sonntag. Oder: «Jesus hat völlig eigenmächtig das Todesurteil gegen eine auf frischer Tat ertappte und rechtmäßig angeklagte Verbrecherin verhindert und sie der verdienten Strafe entzogen, also den Straftatbestand der Begünstigung erfüllt.»¹² Fazit: Von der Menschenwürde wird kein Zoll an die Festigung staatlicher Ordnung abgetreten, vielmehr demonstriert Jesus mit unmißverständlicher Eindeutigkeit den Primat der Menschenwürde gegenüber der gesetzlichen Norm. Zu diesem ungehorsamen Jesus paßt der Kreuzestod, als Strafe, die im alten Rom Aufrührern zuteil wurde. Hier starb kein braver, gesetzestreuer Untertan, der die Menschen zum Gehorsam gegenüber der Obrigkeit angehalten hätte, sondern ein «Umwerteter der vorhandenen Welt», «das große Exemplar einer anderen ohne Unterdrückung und Herrengott».¹³

Auf der historischen Suche nach seinen Nachfolgern führt der Weg in eine entschieden andere Richtung als zu Höß, den deutschen Bischöfen (von 1936) oder zu Drillpropagandisten. Auch eine Glanzkarriere mit politischen und militärischen Orden liegt kaum auf dem von Jesus vorgezeichneten Weg. Seine Wesensmerkmale: Widerspruch, utopische Wünsche, Kampf für eine neue Welt, finden sich ganz anderswo — am ehesten bei den *Ketzern*. Sie haben mit der Lebensgeschichte Jesu am meisten Ähnlichkeit, sie endeten ebenfalls als Ausgestoßene, mit dem Unterschied, daß an der Stelle des Kreuzes meist der Scheiterhaufen stand. Wie es heute jenen ergeht, die «kritisch leben gegenüber der Macht, offen zum nicht normierten, sondern nach dem Liebesgebot orientierten Handeln»,¹⁴ muß hier nicht wiederholt werden.

Mit Jesu Ethik ist der staatliche Wehrzwang unvereinbar. An die Stelle dieses Zwangs tritt das Recht zur selbstverantworteten Entscheidung, zur Mündigkeit. Jesu Ethik intendiert ein neues Reich, wo keine staatliche Obrigkeit mehr herrscht. Daß eine solche Veränderung möglich sei, durch uns Menschen, die wir Brüder des Menschensohnes sind und das Salz der Erde, das nicht fade werden darf — diese Ueberzeugung hat Jesus tatkräftig gelebt und uns zur Solidarität mit ihm eingeladen. («Folgt mir nach!») Seine Ethik führt zu Ungehorsam gegen den staatlichen Zwang, und dieser Ungehorsam liegt

wohl nirgends mehr in seiner Nachfolge, als wo Krieg, Kriegsvorbereitung oder Wehrzwang bekämpft werden, tatkräftig, konkret durch Gesetzesbruch, wo nötig! «Gleichgewicht des Schreckens», Rüstungseskalation und Feindbilderdoktrin sind zukunftsfeindlich, anti-utopisch und damit auch anti-christlich. Die Hoffnung auf eine menschenwürdigere Welt — für die Jesus lebte — wird von den Machthabern verketzert, mit dem Hinweis auf die angebliche «Wolfsnatur» des Menschen. Dieses Menschenbild dient der Obrigkeit zugleich als Legitimation ihrer Herrschaft und ihrer Rüstungsprogramme.

Aus dem Klima der Angst und der Hoffnungslosigkeit, aus der Sackgasse des «Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor» gibt es nur einen (christlichen) Weg: Militanter Pazifismus, der sich militarisierenden Gesetzen und Tendenzen verweigert und neue Konfliktverhältnisse schafft (Abbau von struktureller Gewalt und von Feindbildern) und gewaltfreie Formen der Konfliktbewältigung sucht.

Zivildienst: Arbeit für einen positiven Frieden

In der christlichen Option für einen militanten Pazifismus ist das Recht auf Militärverweigerung selbstverständlich und ein Zivildienst als *Alternative* zum Militärdienst logische Konsequenz. Zivildienst, verstanden als Alternative, bedeutete den allmählichen Verzicht auf die militärische Kriegsvorbereitung und an seiner Statt die Einübung einer sozialen, gewaltfreien Verteidigung oder gar den Verzicht auf jegliche Verteidigungsvorbereitung. Freilich müßten hiezu politische, soziale und psychologische Voraussetzungen geschaffen werden, die heute noch in weiter Ferne liegen.

Die Konzeption der neuen *Zivildienst-Initiative* berücksichtigt einerseits die heute realen Möglichkeiten und orientiert sich andererseits an den noch ausstehenden Voraussetzungen. In erster Linie beabsichtigt sie die Entkriminalisierung der Militärverweigerer und stellt insofern ein elementares menschenrechtliches Postulat dar. Konkret heißt das: Die Zivildienstleistung wird von einem Tatbeweis abhängig gemacht. Nur wer bereit ist, einen Dienst zu leisten, der anderthalbmal länger dauert als die Gesamtheit der militärischen Dienste, wird vom Wehrzwang befreit. Dienstleistung im Staat zugunsten der Gemeinschaft bleibt ein Obligatorium, und der Tatbeweis kommt einer Benachteiligung des Zivildienstleistenden gleich. Die Initiative bedeutet insoweit einen Kompromiß.

Entscheidend ist jedoch die Ausgestaltung des Zivildienstes. Der Initiativtext umschreibt den Zivildienst als Friedensdienst, der die «Beseitigung der Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen» anstrebt, «menschenwürdige Lebensverhältnisse schaffen» und «die internationale Solidarität stärken» soll. Dieser Dienst orientiert sich

nicht so sehr an einem negativen Friedensbegriff (Nicht-Krieg), sondern interessiert sich vor allem für einen Frieden mit gesunden Wurzeln, ohne verborgene, strukturelle Gewalt. Hierzu gehören die Einübung gewaltarmen Konfliktverhaltens und praktizierte (!) Solidarität: Zusammenarbeit mit bedrohten Minderheiten, mit physisch und psychisch Benachteiligten, mit Flüchtlingen, mit Fremdarbeitern, mit notleidenden und unterdrückten Menschen in der Dritten Welt. Das bedingt Auseinandersetzung mit unserem eigenen Wohlstand. Der Friedensdienst bezweckt die Verminderung eines «Glücks», das nur auf Kosten anderer zu haben ist.

Grenzüberschreitende Friedensarbeit ist ein Instrument echter Vertrauensbildung, das aus nationalistischer Engstirnigkeit befreien soll zu einer internationalen Solidarität. Zivildienst ist daher auch denkbar in der Bildungsarbeit, in Drittweltläden oder bei Amnesty International. (Die Initianten sind interessierten Lesern dankbar um Vermittlung oder Mitteilung von Organisationen, in denen Friedensarbeit möglich wäre.)

Ermutigung zu selbstbestimmtem Handeln

Im Sommer des letzten Jahres bezeichnete der angehende Generalstabschef Jörg Zumstein die Schweiz als militärisch nicht bedroht, da ein konkreter Anlaß zu einem militärischen Konflikt in Europa nicht sichtbar sei.¹⁵ Diese Einschätzung der Lage erfolgte zu einem Zeitpunkt, als besonders «vaterländisch» gesinnte Bürger eine militaristische Stimmungsmache betrieben und den Fall «Afghanistan» gar als Beweis für die eigene Bedrohung anführen wollten. Ich bezweifle sehr, daß Zumsteins Lagebeurteilung wesentlich auf unsere Wehrbereitschaft zurückzuführen ist. Weltpolitische Gründe stehen da weit im Vordergrund.

Folgerichtig würde sich das Risiko eines militärischen Konfliktes durch die einseitige Abrüstung der Schweiz nur unwesentlich oder gar nicht erhöhen. Und falls eine Risikoerhöhung erfolgen würde, gäbe es einen wichtigen Grund, der für dieses Wagnis spräche: Der stellvertretende Nato-Oberbefehlshaber Gerd Schmückle stellte schon zu Beginn der sechziger Jahre fest: «Die Atomwaffen haben das bisherige Kriegsbild bis zur Unkenntlichkeit zerstört ... Damit wird die bisherige Aufgabe des Soldaten, die Nation im Krieg zu schützen, unerfüllbar.»¹⁶ Daß auch die schweizerische Verteidigungsstrategie dem nicht widerspricht, beweist der Bericht Schmid, wo im Hinblick auf einen militärischen Konflikt in Europa offen eingestanden wird, daß die Zivilbevölkerung — selbst ohne Einsatz von Atomwaffen und bei best ausgebautem Zivilschutz — von einem militärischen Konflikt am stärksten betroffen wäre. Die «Notwehr zum Schutze von Frau und

Kind» wird damit von offizieller Seite liquidiert! Darum stützt sich unsere Verteidigungsdoktrin denn auch ganz auf den Glauben, daß der Krieg durch seine Vorbereitung verhindert werden könne. Doch diese Doktrin macht den *positiven* Frieden zur Illusion. Ihr Preis ist entschieden zu hoch. Zu dieser Welt «organisierter Friedlosigkeit» (Senghaas) sind wir nicht deshalb gelangt, weil dem einzelnen Menschen zu viel selbstverantwortete Entscheidung zugemutet worden wäre. Alle Gehversuche auf dem Weg zu einem positiven Frieden sind uns bisher durch staatliches Verbot verwehrt worden. Das Recht zum Zivildienst wäre endlich ein erster bescheidener Schritt aus der Sackgasse.

1 Darauf führte der emeritierte Uni-Professor Werner Kägi in einer staatsrechtlichen Vorlesung die Militärverweigerung zurück. Kägi präsidiert unter anderem das Initiativkomitee der Volksinitiative «Recht auf Leben» ...

2 Wohlfahrtsstaat-Anspruch und Wirklichkeit. Zum 60. Geburtstag von Bundesrat Hans Hürlimann, Walter Verlag, S. 307.

3 Theodor W. Adorno, Erziehung zur Mündigkeit, suhrkamp taschenbuch, S. 104.

4 Zit. nach Ernst Bloch, Atheismus im Christentum, suhrkamp taschenbuch, S. 29.

5 Zit. nach Dorothee Sölle, Phantasie und Gehorsam, Kreuz-Verlag, S. 11.

6 Ebenda.

7 Kommandant in Auschwitz, Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß, dtv dokumente, S. 132.

8 Ebenda, S. 133.

9 Zit. nach Günter Wallraff, 13 unerwünschte Reportagen, rororo taschenbuch, S. 111.

10 Peter Noll, Ungehorsam, NW 1979, S. 1.

11 Tages-Anzeiger, 30. August 1980, S. 5.

12 Noll, S. 2.

13 E. Bloch, S. 147.

14 Noll, S. 3.

15 Tages-Anzeiger, 8. Juli 1980, S. 5.

16 Aus Lorenz Knorr, Vom Wettrüsten zur Abrüstung, Pahl-Rugenstein Hefte, S. 68.

E. P. D. Nach einer in den letzten zwanzig Jahren in den Vereinigten Staaten, Kanada und der Bundesrepublik erstellten Enquete sind die Christen dem Krieg günstiger gesinnt als die Nichtchristen. Vor allem diejenigen Christen, die angaben, konsequent zu glauben, sind eher bereit, andere zu bestrafen, als diejenigen Menschen, die weniger doktrinär denken. Mehr Katholiken als Protestanten und mehr Protestanten als Atheisten bejahen die nuklearen Waffen. Dies teilte Richard Friedli, Professor für Missionskunde an der Universität Fribourg, kürzlich am Kongreß des Internationalen Versöhnungsbundes mit.
